

Sparen im Bildungsbereich

Wie stellt sich der LVB zu der von der BKSD geplanten Umsetzung der Sparmassnahmen im Budget 2011? Das wollte Roger von Wartburg, angehendes GL-Mitglied, von Christoph Straumann wissen.

Roger von Wartburg: Ein erster Blick auf die Kürzungsvorgaben im Budget der BKSD erweckt beim Betrachter das Bild eines Flickenteppichs. An die unterschiedlichsten Bereiche wird Hand angelegt, ein wenig hier, ein bisschen da. Täuscht dieser Eindruck?

Christoph Straumann: Nein, der Eindruck ist durchaus zutreffend. Die Schule ist ja nicht das erste Mal von Sparmassnahmen betroffen. Eigentlich ist die Zitrone schon längst ausgepresst. Jetzt soll anscheinend auch noch die

Zitronenschale ausgepresst werden... Der LVB ist mit diesem Vorgehen überhaupt nicht einverstanden.

Dann kann der Berufsverband also nicht hinter den Instruktionen der BKSD stehen?

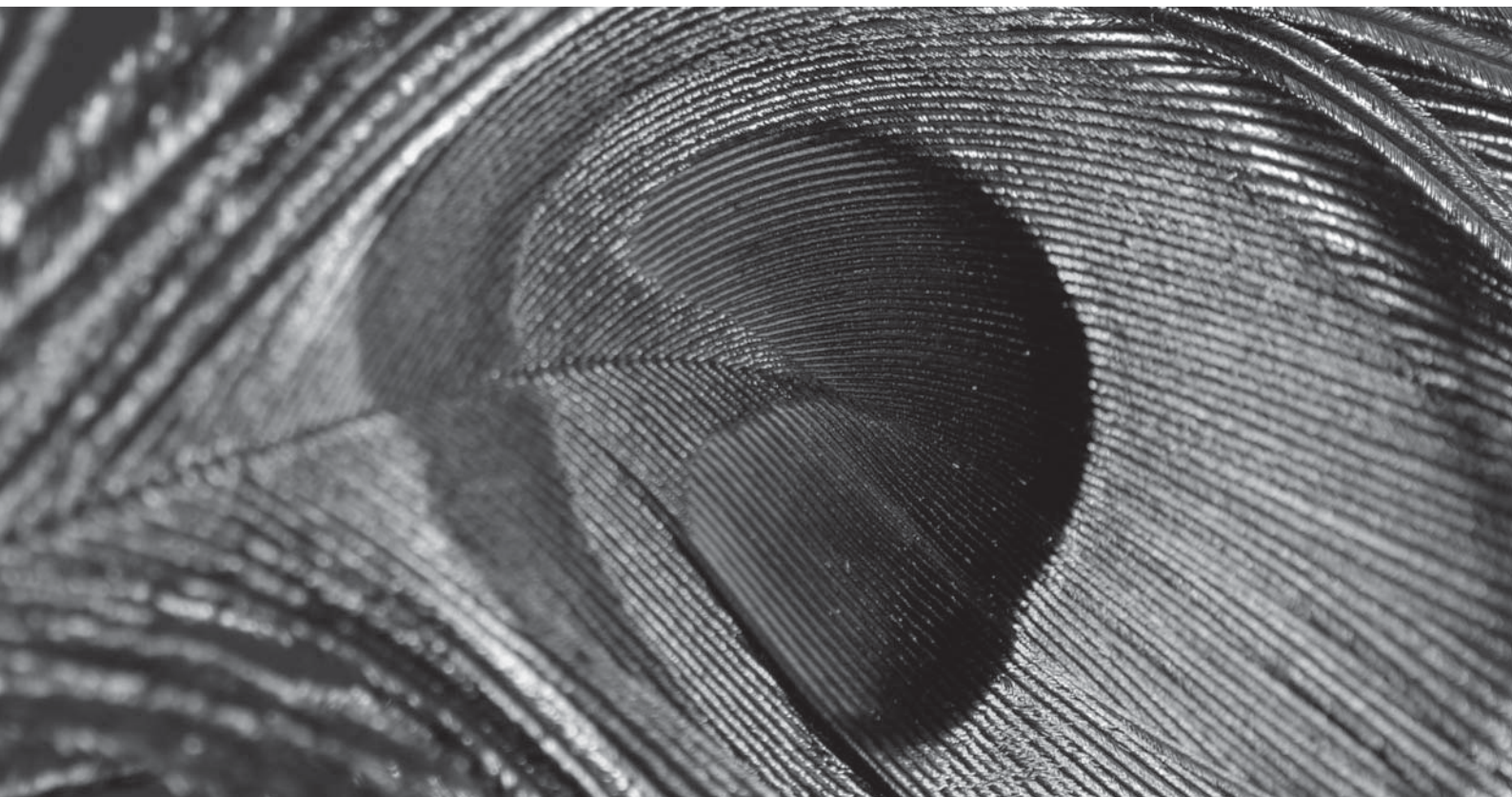
In der Tat. Besonders ärgerlich ist die Behauptung, die Ausgaben für die Bildung seien übermässig stark gewachsen. Dabei sind es vor allem die vom Parlament festgelegten höheren Beiträge an die Uni Basel und die Fachhochschule FHNW, welche zu Mehrausgaben geführt haben! Und jetzt soll auf den Sekundarstufen I und II gespart werden, obwohl die Ausgaben hier nicht so stark gewachsen sind. Diese Ungerechtigkeit lässt sich nicht rechtfertigen.

Gibt es eine konkrete Sparmassnahme, die beim Berufsverband besonderen Unmut auslöst?

Da ist sicher die Sistierung der Semesterurlaube zu nennen, die beim Personal verständlicherweise sehr schlecht ankommt. In den vergangenen Jahren wurden die Treueprämien mehrmals drastisch reduziert, und nun soll auch noch dieser letzte «Leuchtturm» einer langjährigen Berufslaufbahn demontriert werden. Das frustriert vor allem die verdienten Lehrpersonen, die ihrer Schule über lange Jahre die Treue halten und die Stützen ihres Schulteams verkörpern.

Eine weitere Sparmassnahme sind Klassenzusammenlegungen und Erhöhungen der Mindestzahlen von Schülerinnen und Schülern für die Bildung von Kursen auf Sekundarstufe I.

Diese Massnahmen sind ein Schritt in die falsche Richtung. Von Verbandsseite her steht ganz klar die Forderung nach niedrigeren Klassengrössen im Raum, und zwar als Folge der wachsenden Heterogenität der Schüle-



rinnen und Schüler inklusive integrativer Beschulung. Ohne Senkung der Klassengrössen ist ein moderner, den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen genügender Unterricht nicht möglich.

Im Zusammenhang mit den Klassenzusammenlegungen sticht einem die Formulierung ins Auge, die Klassenbildungsvorschriften des Bundes seien «grundsätzlich einzuhalten». Man hätte in diesem Satz das Wort «grundsätzlich» auch einfach weglassen können. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt?

Diese Formulierung stammt aus dem Berufsbildungsbereich. Wir gehen davon aus, dass Vorgaben auch in diesem Bereich bedingungslos einzuhalten sind.

Eine weitere Kürzungsmassnahme betrifft das Wegfallen der Orientierungsarbeiten an den Gymnasien im kommenden Jahr. Könnte dies allenfalls Signalwirkung für die Orientierungsarbeiten an den Sekundarschulen haben, welche dieses Jahr durch die mündlichen Prüfungen im Fach Französisch ausgesprochen aufwändig ausgestaltet waren?

Der Aufwand für die diesjährigen Orientierungsarbeiten auf Sekundarstufe I war zwar enorm, doch für den Arbeitgeber nicht in vollem Mass kostenrelevant. Wegen den unklaren Verhältnissen bezüglich unseres Berufsauftrags wurden viele Lehrpersonen schlicht und einfach zu Gratisarbeit gedrängt. Diese Situation ist unhaltbar und muss mit dem Arbeitgeber optimiert werden.

Lehnt denn der LVB mündliche Orientierungsarbeiten, wie sie im Fach Französisch durchgeführt wurden, generell ab?

Mündliche Evaluationen im Fremdsprachenbereich sind durchaus sinnvoll, doch Orientierungsarbeiten in der aktuellen Form taugen nicht für ein Monitoring, das zu einer gültigen Vergleichbarkeit zwischen mehreren Schulen und Kantonen führt. Auf Ebene Bildungsraum Nordwestschweiz werden deshalb neue Leistungschecks entwickelt. Es wäre doch eine gute Möglichkeit, im Moment ganz auf die alte Form von OAs zu verzichten und die frei werdenden Mittel mit einem weitaus grösseren Effekt in die Entwicklung der neuen, von den Arbeitsabläufen her hoffentlich besser durchdachten Leistungschecks auf der Ebene Bildungsraum zu stecken.

Eine weitere Einsparung soll durch Reduktion der kantonalen Lagerbeiträge entstehen. Müssten dann nicht zwingend die Elternbeiträge erhöht werden, um auch in Zukunft Lager von gleicher Qualität anbieten zu können?

Auch an dieser Massnahme haben wir natürlich keine Freude. Andererseits können aber auch die Eltern nicht beliebig zur Kasse gebeten werden. Die Rechnung ist simpel: Stehen weniger Mittel zur Verfügung, ist nicht mehr alles machbar. Es kann aber durchaus sein, dass eine Klassenlehrperson aus bestimmten pädagogischen Gründen mehr finanzielle Mittel für eine bestimmte Lagerform einsetzen möchte als sie für ein Selbstkocherlager, das als Regelfall vorgeschlagen wird, nötig wäre. Die Verlautbarung des AVS sieht die Möglichkeit solcher Ausnahmen ausdrücklich vor. Es ist in diesen Fällen an der jeweiligen Schulleitung, begründete Anliegen dieser Art zu unterstützen und den Schwarzen Peter nicht unbesehen an die Lehrpersonen weiterzureichen.

Bereiten dem LVB noch weitere Kürzungsmassnahmen Kopfzerbrechen?

Für den Schulbetrieb sind auch die Reduktionen der Materialpauschalen und der Informatikmittel einschneidend, da sie einen gravierenden Investitionsstau auslösen. Veralterte Geräte und Unterrichtsmittel verschlechtern die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und beeinträchtigen über kurz oder lang auch die Motivation der Schülerinnen und Schüler.

Lässt man den Blick über das Budget 2011 hinausschweifen, wird auch zukünftig kaum mit mehr Ressourcen zu rechnen sein. Entstehen dann immer neue Flickenteppiche? Oder drohen gemäss den Einschätzungen des LVB gar massivere Kürzungen in spezifischen Budgetposten?

Bis jetzt versuchte die BKSD beim Auspressen der Zitrone immer, den ordentlichen Schulbetrieb möglichst wenig zu beeinträchtigen. In Zukunft funktioniert das aber nicht mehr, weil bei den Schulen nichts mehr zu holen ist. Der grösste Teil der Ausgaben im Bildungswesen ist an die einzelnen Unterrichtslektionen geknüpft. Will die Politik die Ausgaben für die Schulen weiter senken, bleibt nur noch der Weg über den Abbau von Unterricht. Das wäre aber gleichbedeutend mit einem erheblichen Qualitätsverlust des Bildungsangebotes, was mit massiven Folgen für den Wirtschaftsstandort Baselland verbunden wäre.